



Landesbank

S. 4

Das öffentliche Bankensystem in der Krise! Bei der Unterrichtung der Landesregierung über die Westdeutsche Landesbank (WestLB) wurde der Ruf nach der ordnenden Hand der Bundesregierung laut.

Holz

S. 7

Eingriff in den Holzmarkt zum Schaden der mittelständischen Sägewerke im Land? Die Opposition kritisiert die Landesregierung, wie sie nach Kyrill die angefallenen Holzmengen schnell aus dem Wald bekommen wollte.

Geldbeutel

S. 12

Ob die Studienbeiträge junge Leute wirklich in erheblichem Ausmaß vom Studium abhalten, wird zwar oft behauptet, ist aber noch nicht eindeutig nachgewiesen. Ein Beitrag zur Klärung im Innovationsausschuss.

Ausgleich

S. 15

Wenn eine neue Straße gebaut wird, muss anderswo ein Ausgleich geschaffen werden. Mit dem Ökokonto soll das wirksam, flexibel und rasch geschehen. Die Verordnung dazu klopfen sechs Expertinnen und Experten ab.

Nach den letzten Wahlen:

Nordrhein-Westfalen reagiert

**Die Politik
in NRW
wird bunter**

*Neue Farbenspiele in Hamburg und Hesse
lösen auch an Rhein und Ruhr eine Debatte aus*

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Europa und der Wettbewerb	3
<i>SPD will Modell der öffentlichen Daseinsvorsorge bewahren – aber wie?</i>	
Rettungspaket für WestLB	4
<i>Appell: Bund soll öffentlich-rechtliche Landesinstitute neu ordnen</i>	
„Flickenteppich an der Ruhr“	5
<i>Chaos oder abgestimmtes regionales Konzept bei Umweltzone?</i>	
„Glötze“ und Zensuren	6
<i>Aktuelle Stunde: Übermäßiger Medienkonsum schlecht fürs Lernen</i>	
Kahlschlag bei den Sägewerken?	7
<i>Holzvermarktung nach Kyrill in der Kritik der Opposition</i>	
Auf dem Weg zur Städtereion	8
<i>Aachen: Interkommunale Zusammenarbeit in institutionalisierter Form</i>	
Es ist noch Zeit	9
<i>Nach Hamburg blickt NRW auf das Wahljahr 2010</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>Diesmal sind es drei Generalsekretäre und ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender</i>	
Zwischen Fakten und Meinungen	12
<i>Öffentliche Anhörung zu den Beiträgen der Studierenden</i>	
Kritik an Konsolidierung	13
<i>Anhörung zur Finanzsituation der Kindertagesstätten</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
Freie Fläche auf dem Rückzug	15
<i>Landesregierung legt Details zur Kompensation vor</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Ohne Kampf und Krampf	18
<i>LSB-Kampagne soll Bewegung in den Alltag bringen</i>	
Porträt: Dr. Gerd Bollermann (SPD)	19
<i>Antwort auf Beamtenpetitionen</i>	19
<i>Impressum</i>	19
Geburtstage und Personalien	20

Nach der Wahl ist vor der Wahl

NRW wird bunter“ titelte vor kurzem eine große Zeitung auf Seite 1. Zurzeit drängelt sich ein neuer Farbton auf die politische Palette, nachdem vor Jahrzehnten schon Grün das alte Farbspektrum Schwarz-Rot-Gelb ergänzt hat. Der Wähler mischt die Farben, und manchem wird es dabei zu bunt. Was darf es an neuen Konstellationen sein? Schwarz-Grün? Rot-Schwarz? Ampel? Jamaika? Vielleicht doch wieder das gewohnte Schwarz-Gelb oder Rot-Grün? Oder etwas ganz Neues?

In dieser Zeit der Klärung sind die handelnden Personen in der Politik nicht zu beneiden. Nicht dass sie es nicht schon schwer genug hätten, aus einem Wählervotum einen Wählerauftrag zu destillieren. Nein, das Ganze wird stets auch begleitet von Ratschlägen, Wertungen, Streit und Kommentaren in der Öffentlichkeit. Jeder der Experten weiß oder glaubt zu wissen, was der Wähler will und wie sein Wille am besten umzusetzen ist – und was überhaupt nicht geht.

SPANNUNG

Drei Wahlen waren es in jüngster Vergangenheit, in Hamburg, Hessen und Niedersachsen. Zwölf Millionen Wahlberechtigte konnten dabei ihre Stimme abgeben, übrigens gerade mal so viele, wie allein Nordrhein-Westfalen an die Urnen bringen kann. Was also macht das Votum aus den drei Bundesländern so interessant?

Eine Erklärung ist: Wir nähern uns der Bundestagswahl im Herbst kommenden Jahres. Vorher wird noch im Herbst in Bayern gewählt. Dann folgt Mitte 2009 die Europawahl, diesmal wahrscheinlich in NRW mit der Kommunalwahl verbunden. Urnengänge stehen 2009 in einer ganzen Reihe von Bundesländern für die Landtage auf dem Programm: Brandenburg, Saar, Sachsen und Thüringen. Ein einziger Wahlmarathon sozusagen. Das schafft Spannung und stellt Fragen: Wie gehen diese Wahlen aus?

Unser Land diente in der jüngsten Vergangenheit mitunter als Orakel für den Ausgang. Nordrhein-Westfalen bietet aufgrund seines Bevölkerungsreichtums eine hohe Zahl an Wählerinnen und Wähler auf. Da war, wenn der NRW-Landtag vor dem Bundestag gewählt wurde, schon ein deutlicher Trend abzulesen. Das ist 2009 nicht der Fall, NRW wählt erst ein Jahr später. Man kann das bedauern oder sportlich nehmen: Diesmal geben eben 60 Millionen Wählerinnen und Wähler im Bund einen Fingerzeig, wie die Signale für unser Land – vermutlich – gestellt sind. Aber letztlich geben die Wählerinnen und Wähler an Rhein, Ruhr und Weser den Ausschlag. JK

Europa und der Wettbewerb

SPD will Modell der öffentlichen Daseinsvorsorge bewahren – aber wie?

Wie soll man es nennen: Daseinsvorsorge (wie es sich hierzulande eingebürgert hat) oder Dienstleistung im allgemeinen Interesse, wie es in Europa heißt? Dem Bürger ist es egal. Er will zu einem günstigen Preis den Nahverkehr nutzen, nicht mehr als nötig für Strom, Gas, Wasser und Abwasser zahlen, den Eintritt ins öffentliche Bad auch für Familien erschwinglich halten, und die Kosten für Pflege im Alter bezahlbar lassen. Wie ist das zu erreichen? Durch mehr Wettbewerb in Konkurrenz zu privaten, europaweit auftretenden Firmen (das europäische Modell) oder durch das weiterhin gesicherte wohnortnahe Angebot kommunaler Unternehmen, wie es in Deutschland die Regel ist?

Die SPD im Landtag will jedenfalls nicht, dass durch eine einseitige Durchsetzung der EU-Wettbewerbsordnung für die Bürger und Kommunen „die Nachteile einer weiter voranschreitenden Liberalisierung im Bereich der Daseinsvorsorge“ größer werden. Sie hat darum einen Antrag mit dem Thema „Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern“ (Drs. 14/4486) vorgelegt. Dazu hörte der Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Werner Jostmeier (CDU) Anfang März Experten an.

Die Sachverständigen hatten keine Mühe, dessen Zielsetzung zuzustimmen. Die Absicht, die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge nicht gänzlich den allgemeinen europäischen Binnenmarktregelungen zu unterwerfen, fand etwa der Sprecher des Verbands kommunaler Unternehmen, Markus Moraing, begrüßenswert. Es wäre sicher gut, „wenn wir unsere Vorstellungen weitgehend durchsetzen könnten“. Aber er hatte Zweifel: Es gebe im groß gewordenen Europa ganz andere Vorstellungen von Daseinsvorsorge als die deutschen. Weil man nicht absehen könne, was bei der Erarbeitung einer solchen von der SPD geforderten Rahmenrichtlinie „im

schwierigen rechtlichen europäischen Gefüge“ herauskomme, begrüßte er zwar das Vorhaben, äußerte sich aber skeptisch zum Erfolg: „Wir haben in Brüssel in der Vergangenheit leidvolle Erfahrungen gemacht.“

BEFÜRCHTUNGEN

In die gleiche Kerbe hieb Dr. Martin Klein vom Landkreistag NRW. Auch er sah „erhebliche Risiken“, bei der Klärung des Begriffs Daseinsvorsorge durch den europäischen Gesetzgeber: Was an Rechtssicherheit dabei geschaffen werde, „würde durch die mit einem Gesetzgebungsverfahren verbundenen Risiken wieder aufgehoben“. Er wurde noch deutlicher: „Die Rahmenrichtlinie ist das Einfallstor für Verböserungen.“ Zu befürchten sei dabei nämlich, dass das kommunale Handeln weiter beschränkt werde. Und: „Der Wettbewerb beschert uns private Oligopolen in Bereichen, wo wir sie nicht wollen!“

Professor Dr. Johann-Christian Pielow (Ruhr-Universität Bochum) warnte ebenfalls vor den Folgen einer Rahmenrichtlinie. Sie öffne

das Tor zur weiteren und unter Umständen tiefgreifenden Regulierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch den Gemeinschaftsgesetzgeber. Es sei auch nicht davon auszugehen, dass bei den Beratungen das gewünschte Ergebnis verabschiedet werde; andere Mitgliedsstaaten könnten versuchen, den Prozess auf ihr eigenes Modell der öffentlichen Versorgungswirtschaft festzulegen. Da könne man sich „schnell die Finger verbrennen“. Pielow: „Wir erkennen dann unsere Daseinsvorsorge in Deutschland nicht wieder.“ Sein Rat: „Weiter wursteln wie bisher.“ Das heiße, Einzelfalllösungen zu suchen „im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Allgemeinversorgung“.

Die beiden Praktiker, Dr. Florian Bauckhage-Hoffer vom Verein für öffentliche und private Fürsorge und Peter Greifenberg von der NRW-Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege, konzentrierten sich auf die soziale Daseinsvorsorge. Bauckhage-Hoffer befürchtete, dass bei einer Rahmenrichtlinie die (hohen) deutschen Standards in diesem Bereich nicht gehalten werden könnten. Er stellte eine Gesetzgebungskompetenz der EU auf diesem Gebiet in Bausch und Bogen in Frage. Greifenberg forderte, durch Definitionsarbeit in Bund und Ländern in Deutschland wieder zu einem „konsistenten Modell sozialer Dienstleistungen“ zu kommen. Das, so Greifenberg, wäre dem EU-Recht entzogen.

Dem Rat, weiterzuwursteln, wollten nicht alle folgen. Das sei keine Alternative, fand der Sprecher des Verbands kommunaler Unternehmen. Denn man müsse den anderen Mitgliedsländern in der EU etwas entgegensetzen. Die deutsche Seite dürfe nicht auf die Definitionshoheit verzichten, „denn sonst geht unser Verständnis von Daseinsvorsorge in Brüssel unter“. JK

Antrittsbesuch ...

... des Botschafters des Staates Israel im Landtag: Landtagspräsidentin Regina van Dinther (L) und Vizepräsident Edgar Moron (r.) hießen Yoram Ben-Zeev (M.) im Parlament willkommen. Beim Gespräch ging es unter anderem um den parlamentarischen Abend, den der Landtag für Anfang Juni zur Staatsgründung Israels vor 60 Jahren plant. Am Vormittag des Empfangs hatte Landtagspräsidentin Regina van Dinther die Auschwitz-Ausstellung unter dem Motto „Die andere Sicht der Welt – Begegnungen von Angesicht zu Angesicht“ in der Bürgerhalle des Landtags eröffnet.

Foto: Schälte



Rettungspaket für WestLB

Appell: Bund soll öffentlich-rechtliche Landesinstitute neu ordnen

Über den Rettungsplan für die Westdeutsche Landesbank (WestLB), die Verantwortung der Vorgängerregierung an der Krise der Bank und die Rolle der Bundesregierung debattierten Ende vergangenen Monats die Parteien im Landtag. Unter der Überschrift „Altlasten beseitigen, Zukunft sichern – Neue Chancen für die WestLB“ unterrichtete für die Landesregierung Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) über den aktuellen Stand.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erklärte, über Jahre seien der WestLB im Einvernehmen mit dem Land, den Landschaftsverbänden und den Sparkassen Hilfen gewährt worden, die allerdings das Grundproblem der Landesbank nur mühsam übertüncht hätten. Aus heutiger Sicht seien die Risiken eklatant unterschätzt worden, auch vom damaligen NRW-Ministerpräsidenten und jetzigen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD). Der Anfang Februar beschlossene Rettungsplan für die WestLB umfasse drei Punkte: Restrukturierung, Optimierung des Geschäftsmodells und Risikoabschirmung. Dabei sei ein Stellenbau von 1300 bis 1500 Arbeitsplätzen bedauerlich, aber ohne Alternative: „Außergewöhnliche Situationen erfordern außerordentliche Maßnahmen“, so Linssen.

von sich: „Dieser Zockerhandel hat in 2006 erst begonnen.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, erinnerte an Krisen und Skandale, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweggezogen hätten sowie an die „Verquickung von WestLB und SPD als rote Kasse der Genossen“. Ein Großteil der fragwürdigen Geschäfte sei zu der Zeit abgeschlossen worden, als Steinbrück NRW-Finanzminister gewesen sei. Er appellierte an den heutigen Bundesfinanzminister, die Repräsentanten der Landesbanken an einen Tisch zu holen. Nordrhein-Westfalen sei bereit zu zukunftsorientierten Absprachen: „Jetzt geht es ums Gas geben und nicht ums auf der Bremse stehen.“

zen würden bei ihrer Verantwortung für die WestLB, würden viele Sparkassen in die Knie gehen“, befürchtete er.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Landesregierung „Stümperei“ vor. Man hätte die WestLB eher veräußern können. Mit einer frühzeitigen Leitentscheidung zu Gunsten einer Fusion mit der Baden-Württembergischen Landesbank (LBBW) stünde die WestLB heute stärker und besser da. „Herr Dr. Rüttgers, Sie haben aus persönlicher Eitelkeit die Fusion der WestLB mit der LBBW verhindert. Mit der jetzt angekündigten dramatischen Rettungsaktion haben Sie allenfalls ein bisschen Zeit gewonnen – um den Preis des Verlustes von bis zu 5,7 Milliarden Euro öffentliches Geld.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) stellte richtig: Es sei gelungen, sowohl die WestLB als auch das Sparkassensystem zu retten. Es sei ein neues Geschäftsmodell vereinbart worden, man werde die Beschlüsse zügig umsetzen. „Die Landesregierung ist nach wie vor bereit, über eine Fusion zu verhandeln. Die Landesregierung fordert die Bundesregierung erneut auf, eine aktive Rolle bei der Neuordnung des Bankensystems in Deutschland zu übernehmen.“ Die Probleme der Bank bestünden nicht erst seit 2006. Der Regierungschef: „2002 hat die WestLB 1,7 Milliarden Euro Verlust gemacht, 2003 waren es 1,9 Milliarden Verlust und 2004 ebenfalls 1,1 Milliarden.“



Hannelore Kraft, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, hielt ein weiteres Mal der Landesregierung Verantwortung für die Misere vor: „Der Ministerpräsident hat die WestLB zur Chefsache erklärt und dann Monate verstreichen lassen“, sagte sie. Ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell fehle weiterhin, eine kurzfristige Rettungsaktion reiche nicht. „Was ist, wenn neue Löcher auftauchen?“ fragte die Fraktionsvorsitzende. „Es hilft nicht, wenn die öffentlich-rechtlichen Banken sich weiter kannibalisieren.“ Eine Mitverantwortung der Vorgängerregierung wies sie

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, meinte, jahrelange Mahnungen seien bestätigt worden: „Eine international agierende Großbank gehört nicht in den Besitz des Staates, denn dann muss der Steuerzahler immer für Fehler bluten.“ Weiter: „2007 war es für eine Privatisierung zu spät, der Landesanteil war nicht mehr zu veräußern.“ Man sei schweren Herzens in die nötigen Maßnahmen zur Rettung der Bank gegangen, erklärte der Vorsitzende der Liberalen. „Wenn wir die Sparkassen in dieser schwierigen Situation nicht unterstüt-

Auch er verlangte von der Bundesregierung eine aktive Rolle bei der Neuordnung.

Rüdiger Sagel (fraktionslos) betonte, die beiden großen Fraktionen CDU und SPD seien gemeinsam verantwortlich für die Misere. „Nieten in Nadelstreifen bei der WestLB und der Finanzminister haben völlig versagt“, so der Abgeordnete. Leidtragende seien jetzt die Familien und die Beschäftigten der Bank, denn die WestLB solle einseitig auf Kosten der Beschäftigten und der Kommunen saniert werden. ■



Foto: Schälte

„Flickenteppich an der Ruhr“

Chaos oder abgestimmtes regionales Konzept bei Umweltzone?

„Umweltzone Ruhr: Chaos pur“ lautete der gemeinsame Antrag von SPD und Grünen (Drs. 14/6212) für die Aktuelle Stunde am 21. Februar. Die Opposition kritisierte die in ihren Augen unzureichende Luftreinhaltepolitik der Landesregierung. Bekanntlich hält die schwarz-gelbe Regierung derzeit nichts davon, eine große Umweltzone im Ruhrgebiet mit erheblichen Verkehrsbeschränkungen einzurichten.

Svenja Schulze (SPD) bezeichnete das Handeln der Regierung als „Possentheater“. Die Politik der Regierung sei gekennzeichnet durch „Verantwortungslosigkeit, Chaos und Streit“. Die Landesregierung versage den Menschen im Revier echten Schutz vor schädlichem Feinstaub. Die Regierung lasse die Menschen im Stich, die in den belasteten und problematischen Gebieten leben müssten. Ein „Flickenteppich“ von verschiedenen Planungen habe sich über das Ruhrgebiet gelegt. Die Regierung produziere nichts als „Intransparenz, Unklarheit und Chaos“. Drei Forderungen stellte sie an die Koalition: „Erstens: Handeln Sie verantwortungsvoll. Zweitens: Schaffen Sie endlich Klarheit statt Chaos und drittens: Legen Sie endlich Ihren internen Streit bei.“ Das Ruhrgebiet brauche Gewissheit.

Johannes Rimmel (GRÜNE) schloss sich dieser Kritik an. Die Regierung habe sich einen neuen Markentitel verdient, meinte er ironisch: „Koalition der Chaoszonen und Flickschusterei.“ Es gehe um den Schutz der Menschen: „Wir als Politiker haben den Gesundheitsschutz betreffend einen Verfassungsauftrag. Dafür übertragen die Bürgerinnen und Bürger uns Verantwortung.“ Er kritisierte die koalitionsinternen Diskussionen und wandte sich an Umweltminister Uhlenberg: „Mit Entsetzen muss die Öffentlichkeit sehen, wie Sie von ihren eigenen Ministerkollegen, von der FDP und vom Arnsberger Regierungspräsidenten in Sachen Umweltzonen Stück für Stück politisch

abgesägt werden. Es ist für die Sache Gesundheitsschutz im Ruhrgebiet ein beschämender politischer Vorgang, dass sich der Umweltminister so demonstrieren lässt.“

Karl Kress (CDU) versicherte, die Landesregierung habe die richtigen Argumente zur Senkung des Feinstaubs entwickelt. Im Gegensatz zur Opposition handele sie und entwickle nicht nur Papiere. Für die heterogene Struktur des Ruhrgebietes seien innovative Lösungen erforderlich. „Wir sollten nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen“, meinte der Abgeordnete. Ziel müsse es sein, mit Blick auf die verschiedenen Verursacher von Feinstaubbelastungen gezielte Maßnahmen zu treffen; es gebe schließlich auch noch andere Emittenten. Feinstaub müsse an der Entstehungsquelle vermieden oder bekämpft werden. Kress bat die Opposition: „Bitte ziehen Sie mit uns an einem Strang.“

Holger Ellerbrock (FDP) betonte das Ziel der FDP, die Luftqualität in NRW und vor allem im Ruhrgebiet zu verbessern und gesundheitsschädliche Risiken für die Menschen zu reduzieren. Mit dem Luftreinhalteplan habe NRW ein bewährtes Instrument, um neben der Bestandsaufnahme ein umfassendes Maßnahmenbündel aufzuzeigen und umzusetzen. Verbrennungsbedingte Emissionen durch Pkw und Lkw machten, gemessen an den gesamten Feinstaubemissionen, einen Anteil von knapp zehn Prozent aus. „Vor diesem Hintergrund leisten Umweltzonen,

wie sie von SPD und Grünen gefordert werden, keinen nennenswerten Beitrag zur Senkung der Feinstaubbelastung“, meinte Ellerbrock.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) machte darauf aufmerksam, dass die Landesregierung zusammen mit den Bezirksregierungen, den Kommunen und dem Verkehrsministerium ein regionales Konzept verabredet habe, um die Luftqualität im Ruhrgebiet zu verbessern. „Wir stehen für eine umweltgerechte und gesundheitsverträgliche Entwicklung im Ruhrgebiet“, so der Minister. Die Regierung werde für den Luftreinhalteplan Ruhrgebiet ein dynamisches Umweltkonzept vorlegen, also „Umweltzonen mit Augenmaß“ und einheitliche, vergleichbare Kriterien. „Von einem Flickenteppich kann überhaupt nicht die Rede sein“, so Uhlenberg.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) machte darauf aufmerksam, dass der Luftreinhalteplan verschiedene Maßnahmen enthalte und die Umweltzonen lediglich ein kleiner Teil eines großen Bündels von rund 80 Maßnahmen seien. Der vorgesehene Weg eines Umweltzonenkomplexes ermögliche eine Feinjustierung der Mittel und des Umfangs der Luftreinhaltemaßnahmen. Thoben: „Der Zuschnitt von Umweltzonen mit unbürokratischen Ausnahmebestimmungen für den Wirtschaftsverkehr berücksichtigt die besondere Bedürfnislage der Anwohner, der Wirtschaft und des Wirtschaftsverkehrs nach Mobilität im Ballungsraum Ruhr.“

„Glotze“ und Zensuren

Aktuelle Stunde: Übermäßiger Medienkonsum schlecht fürs Lernen

Eine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen Mediennutzung und schulischem Erfolg hat Öffentlichkeit und Politik alarmiert. Das griffige Motto der Studie von Professor Pfeiffer vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen lautet: „Die PISA-Verlierer – Opfer ihres Medienkonsums.“ CDU und FDP machten das Thema zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Landtag.

Thomas Jarzombek (CDU) fand das Ergebnis dieser und einer weiteren Studie wenig überraschend: Ungezügelter Konsum von Fernsehen und Spielekonsolen führt zu Problemen in der Schule. Anders dagegen die Nutzung von Computern und Internet. Hier verfügten Kinder aus bildungsfernen Familien über die geringsten Fertigkeiten. Dabei sei bei Schülerinnen und Schülern, die über Computer verfügten, von PISA der positive Zusammenhang zum Bildungserfolg in Mathematik und Lesen nachgewiesen. Die CDU habe das Problem schon früher erkannt und interfraktionell die Initiative „Kinder- und Jugendmedienschutz“ gegründet. Sie werde mit einem Pilotprojekt das große Interesse junger Menschen an Lernspielen aufgreifen. Deren Begeisterung für solche Spiele könnte in den Unterricht eingebaut werden und dazu beitragen, dass Lernen wieder mehr Spaß macht. Des Weiteren sollte die Medienkompetenz nicht nur junger Menschen, sondern auch der Eltern weiter gestärkt werden.

Ralf Witzel (FDP) sagte: „Intensive Mediennutzung bedeutet keinesfalls einen Zugewinn an Medienkompetenz. Stark überhöhter Medienkonsum führt oftmals in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu Nachteilen.“ Das könne soziale Isolation, Realitätsverlust und sogar Sucht nach sich ziehen, betonte der Abgeordnete und wies darauf hin, wie diese unerwünschten Folgen zu vermeiden sind. Es komme auf die richtige Mischung, das gesunde Mittelmaß der Mediennutzung von Fernseher, Computer oder Buch, die sorgfältige Auswahl der konsumierten Inhalte und die Bewahrung oder Schaffung ausreichender Ausgleichsbetätigungen an. In NRW

gebe bereits viele Projekte. „Diesen Weg sollten wir weitergehen“, meinte Witzel.

Marc Jan Eumann (SPD) meinte: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen in der Tat eine Menge auf den Weg gebracht.“ Jetzt müsse man den nächsten Schritt tun und der laute: Raus aus den Pilotprojekten und flächendeckende Umsetzung. Das sei wiederum Aufgabe der Landesregierung, die das zum Bestandteil ihrer Politik machen müsse. So sollte nach Ansicht der SPD jedes Kind in seiner Schullaufbahn einen „Medienkompetenzführerschein“ erwerben. Auch schon im Kindergarten müsse Medienkompetenz stärker gefördert werden. Das alles sei eine Aufgabe der Politik „und nicht der Industrie, Unternehmen und anderen“. Auch die Ganztagschule für alle Schulformen gehöre hier hin. Länger gemeinsam lernen und länger in der Ganztagschule lernen – das seien die richtigen Antworten.

Sigrid Beer (GRÜNE) fragte nach der Verantwortung. Die trügen nicht nur die Eltern, sondern auch das „Gemeinwesen“. Aber diesen Partner unterschlage die Koalition. Die Abgeordnete: „Das Land NRW muss Verantwortung für die beste Bildung aller Kinder übernehmen, für Chancengleichheit und dafür, dass Kinder nicht durch mögliche Versäumnisse der Erziehungsberechtigten oder Versäumnisse des Bildungssystems zahlen müssen.“ Was tue nun das Schulministerium: Wieder Experten einladen, um dann deren Empfehlungen doch nicht zu folgen? Elternberatungstage würden gestrichen, in der notwendigen Lehrerfortbildung werde „tabula rasa“ gemacht. Intensive Konzepte zur Medienkompetenzentwicklung wie in Berlin blieben in

NRW nur Schall und Rauch. Die Schülerinnen und Schüler würden durch die Politik der Regierung, durch Leistungsdruck, Vereinsamung, Isolierung, Schulfrust und Versagensängste zur Flucht in eine virtuelle Welt getrieben, fand Beer und wiederholte die Forderung „weg von der Ständeschule des 19. Jahrhunderts“ zu einer Schule, „die Lust auf Lernen macht“.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) verlangte von den Erwachsenen, sich der Vorbildfunktion bewusst zu sein. Eltern sollten auch einmal den Fernseher und das Handy ausschalten, wenn sie mit der Familie gemütlich zusammensitzen. Die Ministerin: „Wir müssen diese Studie zum Anlass nehmen, Eltern und Erziehungsberechtigte zu ermutigen, der Medienzeit ihrer Kinder zu deren eigenem Wohl Grenzen zu setzen.“ Wichtig sei auch, dass die Schulen das Thema bei Einschulung, Schulwechsel und bei Elternabenden immer wieder ansprechen. Es müsse dabei zu einem Konsens mit den Eltern kommen. Die jungen Leute sollten die Medien sinnvoll nutzen lernen, „damit sie sich die Zukunft nicht durch übermäßigen Medienkonsum verbauen“.

Gedankenaustausch an der Regierungsbank: Thomas Jarzombek im Gespräch mit Schulministerin Barbara Sommer (beide CDU).

Fotos: Schälte



Ralf Witzel (FDP)

Marc Jan Eumann (SPD)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Kahlschlag bei den Sägewerken?

Holzvermarktung nach Kyrill in der Kritik der Opposition

Die Folgen des Sturmtiefs Kyrill vom Januar vergangenen Jahres sind in unseren Wäldern immer noch zu sehen. Um die wirtschaftlichen Konsequenzen für die Waldbesitzer einigermaßen zu mildern, hat die Landesregierung nach Kyrill sechs Rahmenkaufverträge mit Sägewerken abgeschlossen, um einen schnellen Holzverkauf zu gewährleisten. Darin glaubt die Opposition einen Verstoß gegen geltendes Wettbewerbsrecht und eine Schwächung der mittelständischen Wirtschaft zu erkennen (gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen Drs. 14/6165 neu). Das Plenum debattierte darüber Ende Februar.

Johannes Rimmel (GRÜNE) kritisierte die lange Vertragslaufzeit der „schädlichen“ Holzlieferverträge und sah darin den Versuch einer „Marktberaumung“ in Nordrhein-Westfalen. Durch die Bindung an sechs Betriebe sowie die Zusage von Liefermengen seien in Zukunft Engpässe bei der Holzversorgung der mittelständischen Sägeindustrie in Nordrhein-Westfalen zu erwarten. Fatal seien die Wirkungen: „Hier stehen 1.000 Arbeitsplätze in Rede.“ Die Landesregierung schwäche die mittelständischen Strukturen und verletze den Nachhaltigkeitsgrundsatz in Sachen Wald. Deshalb müsse sie so schnell wie möglich aus den Verträgen aussteigen.

Annette Watermann-Krass (SPD) warf der Landesregierung „Missmanagement“ bei der Bewältigung der Naturkatastrophe vor. Sie äußerte zwar eine grundsätzliche Zustimmung zu Abnahmeverträgen zur unmittelbaren Preisstabilisierung, wandte sich aber ebenfalls gegen die lange Vertragslaufzeit. Sie befürchtete eine Beschleunigung des Verdrängungswettbewerbs in der Sägewirtschaft, weil „mit diesen Verträgen große Mengen an Rundholz außerhalb des Landes geliefert“ würden und es ein Missverhältnis in der Holzverteilung unter den Abnehmern gebe: „75 Prozent des Gesamtpotenzials für die sechs großen, 25 Prozent für die 150 kleinen.“ Ihr Fazit: Die Landesregierung „schwächt den Mittelstand, den ländlichen Raum und den Wirtschaftsstandort NRW insgesamt“.

Clemens Pick (CDU) äußerte Zweifel an der Aussagekraft und Seriosität des Gutachtens von Professor Andreas Schulte aus Münster. Der Auftraggeber, der Verband der Säge- und Holzindustrie Nord, repräsentiere nur einen Teil der Vertreter dieser Industrie. Zudem habe er den Eindruck, dass „man Stimmung machen will“ gegen die Landesregierung und nicht das Gespräch suche. Er verwies darauf, dass nach den Stürmen Wiebke und Lothar derartige Verträge nicht abgeschlossen worden seien und es danach zu langjährigen Preiseinbrüchen gekommen sei. Der Abschluss von Rahmenkaufverträgen nach Kyrill sei die richtige Maßnahme gewesen, um

die Situation zu bewältigen und eine Preisstabilisierung zu gewährleisten.

Holger Ellerbrock (FDP) verteidigte das Handeln der Landesregierung und verwies auf die Notwendigkeit, nach dem Sturm schnell zu handeln und zu einer zeitnahen Lösung zu kommen. Die langfristig orientierten Verträge hätten dem Preisverfall entgegengewirkt, so dass heute „im Bereich der Forstwirtschaft weitestgehend Ruhe eingekehrt“ sei. Ein Engpass an Holz sei nicht zu befürchten: „Holz ist oder war im Wald in großer Menge.“ Deshalb könne er die „apokalyptischen Horrorszenarien“ der Opposition kaum nachvollziehen. Kritik richtete er an die Sägewerkindustrie:

Diese habe von dem Angebot von Minister Uhlenberg, sie nach dem Orkan in die Gespräche einzubinden, keinen Gebrauch gemacht.

Landwirtschaftsminister Eckard Uhlenberg (CDU) verwies auf die Erfolge der Maßnahmen der Landesregierung und stellte fest: „Keine andere Landesregierung hätte in diesem Bereich mehr tun können als diese Landesregierung.“ Dennoch nehme er die Sorgen der kleinen und mittelständischen Sägereien in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen ernst. Eine endgültige Bilanz der Bewältigung der Kyrill-Folgen könne erst in den nächsten Jahren gezogen werden. Probleme mit den Rahmenverträgen sah er nicht: Diese seien dem Kartellamt vorgelegt worden. Für „sehr fragwürdig“ hielt er das vorgelegte Gutachten: Es verwende „keine eigenen Zahlen, sondern die Zahlen aus dem Sägewerkerverband“ und vernachlässige viele Einflussfaktoren auf den Rohholzmarkt. ■

Foto: Schälte

Auf dem Weg zur Städteregion

Aachen: Interkommunale Zusammenarbeit in institutionalisierter Form

Der Kreis Aachen wird umstrukturiert. Das hat der nordrhein-westfälische Landtag Ende Februar beschlossen. Zur Kommunalwahl sollen dann die Stadt Aachen, der Kreis Aachen und dessen neun Gemeinden einen neuen Gemeindeverband bilden, die „Städteregion Aachen“. Der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/6173) wurde in der Plenardebatte fraktionsübergreifend als „fortschrittlich und zukunftsorientiert“ gelobt und von den Abgeordneten in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

Reimund Billmann (CDU) berief sich darauf, dass sich die Stadt Aachen, der Kreis Aachen und seine neun Städte und Gemeinden im Laufe der Zeit immer mehr angenähert hätten. Viele Aufgaben würden mittlerweile gemeinsam gelöst. Billmann nannte als Beispiele den öffentlichen Personennahverkehr, die Fusion zweier Sparkassen und der Berufskollegs. Ebenso unterstrich er die mit der Städteregion verbundene bessere Gleichstellung mit den Städten der Nachbarstaaten Belgien und Niederlande. „Diese haben zum Beispiel schon vor Jahren die Parkstad Limburg geschaffen, die uns gegenüber eine entsprechend größere Plattform darstellt, mit der wir mit dem heutigen Tag wieder ebenbürtig werden“, so Billmann.

Karl Schultheis (SPD) bezeichnete die Entscheidung des Landtags als „Meilenstein für die Zusammenarbeit und die Aufgabenverteilung

zwischen Regionskommunen und der Städteregion“. Der Abgeordnete appellierte an alle Beteiligten, gemeinsam daran zu arbeiten, „die Menschen in der Region für diese neue Gebietskörperschaft mit Herz und Verstand zu gewinnen.“ Darüber hinaus wies Schultheis darauf hin, dass sich die Städteregion durch eine „Willensbildung von unten nach oben“ entwickelt habe und „deswegen erfolgreich sein wird.“ Gemeinsames Ziel müsse es sein, so der Abgeordnete, die Städteregion Aachen vom westlichen Rand des Landes Nordrhein-Westfalen in die Mitte einer transnationalen europäischen Region zu rücken.

Horst Engel (FDP) machte darauf aufmerksam, dass mit der Schaffung der Städteregion nicht nur die zwischengemeindliche Zusammenarbeit verstärkt, sondern auch Doppelstrukturen abgeschafft würden. „Bei gleichbleibender oder sogar besserer Qualität der Verwaltungsleistungen können erhebliche Kosten eingespart werden. Das kommt den Bürgern der Region zugute.“ Auch Engel hob hervor, dass der Bildungsprozess von der kommunalen Basis angestoßen und über Jahre gereift sei: „Das ist bemerkenswert.“ Ebenso bemerkte der Abgeordnete, mit der Städteregion könne der seit Jahren andauernde Strukturwandel der ehemaligen Tuch-, Nadel- und Steinkohleregion noch rascher überwunden werden. „Diese Region hat die Chance, Modell für das Europa der Regionen zu werden“, so Engels Urteil.

Horst Becker (GRÜNE) begrüßte, dass mit der Städteregion „ohne lokale Egoismen versucht worden ist, für die Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen“. Der Abgeordnete richtete besonderes Augenmerk auf die große Organisationseinheit, die mit der Städteregion geschaffen werde. „Die Städteregion stärkt so ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht. Sie sorgt für Synergien und Einsparungen bei der Aufgabenerledigung.“ Weiterhin, so Becker, habe die Region Aachen die Möglichkeit ergriffen, „sich im grenznahen Bereich als Partnerregion der Region Maastricht homogen und erkennbar aufzustellen“. Der Abgeordnete betonte darüber hinaus, dass „die Städteregion als Ganzes mehr



Horst Engel (FDP)



Horst Becker (GRÜNE)



Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

gewinnt, als die einzelnen Ebenen für sich genommen geopfert haben.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) machte deutlich, das Gesetz zur Bildung der Städteregion Aachen schaffe zwar eine neue Konstruktion, „aber keine zusätzliche oder neue kommunale Ebene. Vielmehr kann die Region nun eine neue Qualität kommunaler Zusammenarbeit leben, die sich problemlos in unsere kommunale Landschaft einfügt.“ Auf dieser Grundlage könne die Städteregion „nunmehr ihr selbst gestecktes Ziel erreichen und den Nachweis nordrhein-westfälischer Innovationskraft erbringen.“ Ferner wies der Innenminister auf die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses hin und bezeichnete daran anknüpfend die Vereinigung einer kreisfreien Stadt mit einem Kreis als eine „beachtliche politische Leistung aller Beteiligten“, die Respekt verdiene.



Reimund Billmann (CDU)



Karl Schultheis (SPD)

Fotos: Schälte

Die Politik in NRW wird bunter

neue Farbenspiele in Hamburg und Hessen auch an Rhein und Ruhr eine Debatte

Es ist noch Zeit

Nach Hamburg blickt NRW auf das Wahljahr 2010

Der Wähler hat gesprochen. In Niedersachsen, in Hessen und in Hamburg. Jetzt rätseln die Medien, die Wissenschaftler, die Meinungsforscher und – nicht zu vergessen – die Politiker: Was hat der Wähler mit seinen Votum an Elbe und Main sagen wollen? Und wie soll seine Entscheidung umgesetzt werden? Fragen, auf deren Antworten auch die Menschen in Nordrhein-Westfalen gespannt sind.

Die neue Farbenlehre

schwarz-grüne Gespräche in Hamburg / SPD öffnet sich in Hessen für die Linke
Hamburg: Die un- „Wortbruch“ vor, will jedoch Koalition beider Parteien in, die, dass mit G
Hamburg: Es wäre das Montage: Schätze

In unserem Bundesland wird zwar erst in zwei Jahren ein neuer Landtag gewählt. Vorher sind Kommunalwahlen, Europawahl und die Bundestagswahl. Es kann und wird sich also bis 2010 noch eine Menge ereignen. Schon darum soll auf der Basis der jüngsten Bürgerschafts- und Landtagswahlen eine Prognose, was in zwei Jahren in unserem Land passiert, gar nicht erst versucht werden.

Aber wie es in der Politik nun einmal ist, schon jetzt werden die ersten Pflöcke eingeschlagen: Wer kann mit wem, und wer kann mit wem überhaupt nicht? Schon früh hat die CDU des Landes die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft aufgefordert, sich eindeutig gegen ein Zusammengehen der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten mit der Linkspartei auszusprechen. Kraft sieht derzeit dazu überhaupt keine Veranlassung: Die Linke sei im Land zu schwach, ihr politisches und personelles Pro-

gramm zu diffus. Und überhaupt richte ihre Partei alle Energie darauf, 2010 stärkste Fraktion zu werden und die ungeliebte Konkurrenz aus dem Landtag herauszuhalten.

CDU-Generalsekretär Wüst machte eine weitere Baustelle auf. Für den Fall, dass es 2010 für Schwarz-Gelb nicht reicht, soll „Plan B“ greifen, eine Koalition auch mit den Grünen, wegen des Farbenspiels „Jamaika-Koalition“ genannt. Die Gelben und die Grünen wollen aber noch nicht. GRÜNE-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann kann sich derzeit ein Zusammengehen mit den Liberalen nicht vorstellen. Die nämlich seien mit ihren Privatisierungsbestrebungen drauf und dran, „die Überlebensbasis des Staates und der Kommunen auszuhöhlen“. Die so Gescholtenen blieben nichts schuldig. Die Grünen stünden für mehr Staat und mehr Bürokratie. Wo die FDP den eigenverantwortlichen und mündigen Bürger sehe, strebten die

Grünen nach staatlich alimentierten „Taschengeldempfängern, die nach gesetzlichen Geboten und Verboten leben“. Jamaika jedenfalls, so beschied FDP-Generalsekretär Christian Lindner die Koalitionsüberlegungen bündig, sei von NRW ganz weit weg.

SPANNUNG

Man sieht: Die Stunde der Strategen hat geschlagen. Versuchsballons werden aufgelassen, Fahrten gelegt, Interviews gegeben. Das füllt heute die Zeitungsspalten und die Sendeminuten. Übermorgen kann dann schon wieder alles ganz anders sein – das ist ja das Aufregende an der Politik. Sie ist ein Prozess, sie kennt Phasen, die wechseln, sie lebt von der Veränderung, sie überrascht und ist so immer wieder spannend.

Vorbei sind längst die Zeiten, in denen es im Landtag Nordrhein-Westfalen nur zwei Fraktionen gab. Danach waren es drei, heute sind es vier und morgen ist es – vielleicht – eine mehr. Wie die Gesellschaft, so hat sich auch die Parteienlandschaft ausdifferenziert. Neue gesellschaftliche Bewegungen, neue Themen haben sich ein Sprachrohr gesucht und danach eine Organisation gegeben. Die beiden großen Volksparteien haben Federn lassen müssen, Alleinregierungen sind nur noch in seltenen (oder regionalen) Fällen möglich, Bündnis- und Koalitionspartner mussten gesucht werden. Aber seltsam: Die Parteienlandschaft ist vielgestaltiger geworden, trotzdem stehen sich zwei Lager gegenüber, die – nahezu gleich stark – um die Vorherrschaft ringen.

Aber auch das muss nicht immer so bleiben. Weil Regierungsbildungen nach den Wahlen zunehmend schwierig werden, weil für eventuelle Mehrheiten hin- und hergerechnet wird, gerät die Theorie vom monolithischen schwarz-gelben auf der einen und dem rot-grünen Lager auf der anderen Seite in Beweisnot. Das muss ja nicht immer so bleiben, sagen Parteienforscher und Pragmatiker in den Parteien.

Fest steht: Bis 2010 fließt noch viel Wasser den Rhein hinunter. Von daher erscheinen Koalitionsfestlegungen verfrüht. Wie gesagt: Bis zur NRW-Wahl 2010 findet noch eine ganze Reihe von anderen Wahlgängen statt. Sie werden wenn nicht Klarheit, so doch Hinweise dafür liefern, in welche Richtung der Wählerwille in NRW geht. Entschieden werden muss ohnehin erst, wenn in zwei Jahren die Stimmen an Rhein, Ruhr und Weser ausgezählt sind, die Parteien ihre Analysen angestellt, Gespräche mit den anderen Parteien geführt und ihren innerparteilichen Entscheidungsprozess beendet haben. JK

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Hendrik Wüst (CDU)



Michael Groschek (SPD)



**Fünf Parteien im Landtag
Nordrhein-Westfalen nach der
Wahl 2010 halte ich für ...**

... überflüssig. Wir wollen die Linke aus dem Landtag raushalten. Mit einer Strategie der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Positionen der Linken und dem gleichzeitigen Aufzeigen von alternativen Lösungsvorschlägen werden wir alles dafür tun, die Linke mit ihren falschen Heilsversprechen unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken.

... vermeidbar.

Der Grundsatz „Jede demokratische Partei ist mit den anderen koalitionsfähig“ gilt für NRW ...

... genauso wie für jedes andere Bundesland. Die Linkspartei ist aber eine undemokratische Partei. Es ist daher unverantwortlich, dass Frau Kraft einen Pakt mit ihr eingehen will. Bereits Willy Brandt hatte seine Partei gemahnt: „Es hat keinen Sinn, die Mehrheit für die Sozialdemokratie zu eringen, wenn der Preis dafür ist, kein Sozialdemokrat mehr zu sein.“ Frau Kraft sollte auf Willy Brandt hören.

... genauso wie für den Bund und alle anderen Länder. Entscheidend müssen immer überprüfte und bewertete Inhalte, Programme und Personen sein.

**Die frühzeitige Festlegung
auf eine Koalition vor der
Wahl ist in meinen Augen ...**

... richtig, damit der Wähler glasklare Vorstellungen davon hat, in welchen Konstellationen nach der Wahl die Regierung gebildet werden soll. Für uns ist es eindeutig, dass wir nach der Landtagswahl die gemeinsame Arbeit mit der FDP fortsetzen wollen. Wir arbeiten sehr erfolgreich zusammen und haben bereits eine ganze Menge umgesetzt. Diese Arbeit wollen wir nach 2010 fortsetzen.

... zwei Jahre vor der Wahl unsinnig.

**Wahlergebnisse werden immer
interpretierbarer. Das bedeutet für
die politischen Akteure ...**

Meiner Meinung sind Wahlergebnisse nicht interpretierbar. Die Versuche, die momentan in Hessen laufen, aufgrund von Gewinnen und Verlusten im Vergleich zur vorherigen Wahl einen Regierungswechsel zu rechtfertigen, halte ich für absurd. Es kommt nur darauf an, wer bei einer Wahl die meisten Stimmen bekommt – und wenn die Mehrheit auch noch so knapp ist.

Die Annahme ist falsch, da Wahlergebnisse immer Ausdruck des Wählerwillens sind. Das bedeutet für die politischen Akteure die demokratische Verpflichtung, Wahlergebnisse zu akzeptieren und zur Bildung von stabilen Regierungen bereit zu sein.

**Ein Fünf-Parteien-System hat
für die demokratische Willens-
bildung und die Transparenz von
Entscheidungen die Konsequenz ...**

Einen großen Einfluss auf die genannten Punkte sehe ich nicht. Eine Bereicherung der Parteienlandschaft ist die Linke mit ihren Vorstellungen jedenfalls nicht.

... dass das Alltagsgeschäft mühselig werden kann. Das hängt vom Verantwortungsbewusstsein der handelnden Politiker ab.

**Bis zur NRW-Landtags-
wahl vergeht noch einige Zeit.
Die werden wir nutzen ...**

... um unser Land nach vorne zu bringen. Unsere Zwischenbilanz kann sich bereits sehen lassen: 25 % weniger Arbeitslose, 40 % weniger Unterrichtsausfall und 70 % weniger Neuverschuldung. Der Aufbruch ist gelungen. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Wir werden deshalb mit vollem Einsatz weiter daran arbeiten, Nordrhein-Westfalen an die Spitze der Bundesländer zu führen.

... stärkste Fraktion in einem Vier-Parteien-Landtag zu werden und die Menschen in diesem Land von den Inhalten und Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zu überzeugen.

Diesmal sind es drei Generalsekretäre und ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Christian Lindner (FDP)



Reiner Priggen (GRÜNE)



... Science Fiction. Ich bezweifle, dass die Truppe von der Linkspartei eine programmatische und personelle Stabilität hat. Diese Partei hat sich auf Realitätsverweigerung spezialisiert. Sie verkauft ihre Wähler für dumm. Johannes Rau würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass die SPD immer noch nicht zu einer klaren Abgrenzung gefunden hat.

... prinzipiell, aber wir treten nicht um jeden Preis in irgendeine Regierung ein, wenn unsere Inhalte dort nicht wiederzuerkennen sind. Sozialdemokraten und Grüne vertrauen dem Staat mehr als den Menschen – und sie schwächen den Staat durch seine Überforderung. CDU und FDP teilen dagegen die Überzeugungen Privat vor Staat und Freiheit vor Gleichheit.

Ausdruck des Respekts vor den Wählern, die Klarheit und Verlässlichkeit wollen. Wichtiger noch für die Demokratie ist, dass Parteien auch zu ihren Programmaussagen stehen und nicht – wie die SPD bei der Mehrwertsteuerhöhung – das Gegenteil dessen tun, was sie vor der Wahl vertreten haben.

... dass sie der Versuchung widerstehen sollten, sich in jeder Situation zum Sieger erklären zu wollen. Es beweist Stil, auch mal eine Niederlage ehrlich einzuräumen.

... dass Mehrheiten möglicherweise nicht überall und sofort gesichert sind. Umso mehr sind alle ernst zu nehmenden Parteien gefordert, die dauerhafte Etablierung der Linkspartei zu verhindern, die teilweise das gleiche Milieu anspricht wie anderswo in Europa Rechtspopulisten.

... um unsere couragierte und sozial ausgewogene Erneuerungspolitik für Nordrhein-Westfalen entschlossen fortzusetzen. Mit den ganz konkreten Erfolgen unserer Regierungsarbeit werden wir wie in Niedersachsen und Baden-Württemberg die schwarz-gelbe Mehrheit verteidigen.

... eine mögliche realistische Option mit der man ganz nüchtern und pragmatisch umgehen sollte. Wenn die Wählerinnen und Wähler so entscheiden und 5 Parteien ins Parlament wählen, ist das zu akzeptieren und kein Untergang des christlichen Abendlandes.

... momentan sicherlich nicht, weil Herr Westerwelle und Herr Lafontaine als größte Blockierer der Republik diesen Satz aktuell in Hessen ad absurdum führen. Die Linke muss selbst erst einmal klären, ob sie überhaupt Regierungsbeteiligung und die Übernahme von Verantwortung will.

... unsinnig, wenn es Jahre vorher geschieht, allerdings muss rechtzeitig vor der Wahl klar gesagt werden wo die Reise hingehen soll und welche Regierungsbildung das Ziel ist.

... viel Arbeit in der Analyse aber kein Grund zum Jammern. Die Wählerinnen und Wähler stellen eine vielfältigere Parteienlandschaft her und machen damit die Regierungsbildung schwieriger, aber nicht unlösbar.

... dass die Parteien sich mehr bewegen müssen und neue Wege gehen müssen. Für mich ist die Konsequenz aus den letzten Landtagswahlen, dass über Schwarz-Grün in Hamburg ernsthaft geredet wird und eine rot Grüne Minderheitsregierung in Hessen mit Tolerierung durch die Linke ebenso als ernsthafte Möglichkeit ausgelotet wird.

... um deutlich zu machen, dass die Arbeitsweise dieser Regierung aus CDU und FDP eine Mischung aus ideologischer Verbohrtheit und handwerklicher Stümperei ist und die Regierung 2010 abgelöst gehört.

*Die Fragen stellten
Jürgen Knepper und
Sebastian Wuwer.*

Zwischen Fakten und Meinungen

Öffentliche Anhörung zu den Beiträgen der Studierenden

Die Studienbeiträge an den Universitäten bleiben umstritten. Die Oppositionsfractionen von SPD und Grüne fordern die Landesregierung weiterhin auf, die Gebühren von bis zu 500 Euro pro Semester wieder abzuschaffen. Sie kritisieren, dass die Kosten junge Menschen von einem Studium abschrecken. Dazu äußerten sich im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) geladene Sachverständige.

Kurz vor der Anhörung waren Umfrage-Ergebnisse des Hochschul-Information-Systems (HIS), eines Forschungsinstitutes aus Hannover, bekannt geworden. Demnach haben fünf Prozent der Studienberechtigten in Nordrhein-Westfalen angegeben, sie müssten wegen der Studienbeiträge von einer Universitätslaufbahn absehen. Einige der Sachverständigen sahen sich vor diesem Hintergrund in ihren Positionen bestätigt. „Die Studiengebühren verursachen Abschreckungseffekte besonders bei Studenten aus einkommensschwachen Familien“, erklärte Achim Meyer auf der Heyde für das Deutsche Studentenwerk aus Berlin.

Für den Erhalt der Studienbeiträge sprachen sich hingegen zahlreiche Vertreter der Hochschulen aus. So betonte Professor Axel Freimuth (Landesrektorenkonferenz NRW), die Beiträge hätten sich als positives Instrument zur Verbesserung der Lehre erwiesen. „Die Hochschulen haben dadurch endlich wieder Finanzspielräume erhalten“, so Freimuth. Als nicht notwendig bezeichnete er Forderungen, die Verwendungszwecke strikter zu regeln. An den Hochschulen herrsche bei der Verwendung der Gelder schon jetzt ein „konstruktiver Dialog zwischen Studierenden und Lehrenden“.

Für die Kanzlerkonferenz der Universitäten fügte Gerhard Möller hinzu, die Hochschulen hätten mit den Beiträgen schon vieles bewegt. Als Beispiele nannte er verlängerte Öffnungszeiten der Bibliotheken, Literaturanschaffungen sowie die Einrichtung von Tutorienprogrammen. Zudem sei ein neuer Erlass aus dem Forschungsministerium zu begrüßen, der die volle Finanzierung von zusätzlichen Professorenstellen durch Studienbeiträge ermögliche.

Eine „sehr negative Einstellung“ gegenüber Studienbeiträgen vertrat dagegen Klaus Boehme von der Landespersonalrätekonferenz der Hochschulen. „Die Universitäten sind weiterhin chronisch unterfinanziert“, gab Boehme zu Protokoll. „Die Studiengebühren dienen damit nicht der Verbesserung der Lehre, sondern verhindern lediglich eine weitere Verschlechterung.“ Ein „grundsätzliches Dilemma“ der Studienbeiträge thematisierte Dr. Diethard Kuhne als Vertreter der Landespersonalkonferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen: „Die Gebühren sind einerseits förderlich, da sie zusätzliche Lehrangebote ermöglichen. Andererseits aber müssten diese Angebote aus den regulären Haushalten der Hochschulen finanziert werden.“ Kuhne gab außerdem zu bedenken, dass durch die Studienbeiträge vor

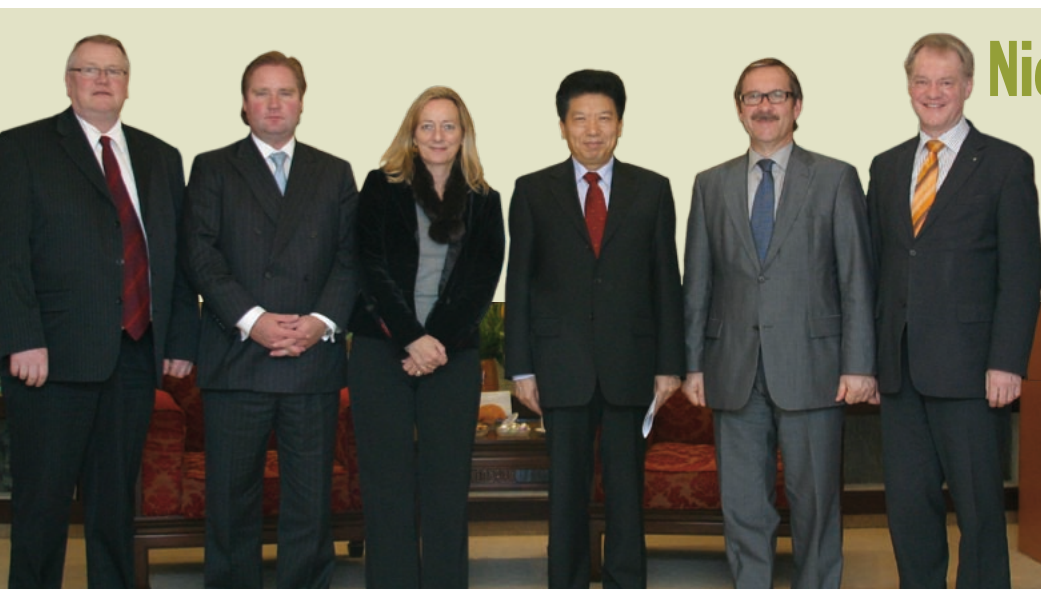
allem des Verwaltungspersonal, und nicht das Lehrpersonal, aufgestockt werde. „Eine Verbesserung der Lehre ist das nicht.“

Den positiven Äußerungen der Kanzler und Rektoren widersprach Dirk Bruland (Landes-ASten-Treffen). „Dass die Studenten an der Verwendung der Gelder mitarbeiten, heißt nicht, dass sie die Studiengebühren auch akzeptieren.“ Im Anschluss forderte Professor Alfons Labisch von der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität die Landespolitiker auf, sich stärker für die Einrichtung von Stipendienprogrammen einzusetzen. „Wir müssten ein Drittel der Studierenden durch Stipendien unterstützen“, meinte der Professor, erklärte aber zugleich seine Zustimmung zu den Beiträgen. „Sie haben die Lehre öffentlich wieder zu einem Top-Thema gemacht.“ Die Qualität der Seminarangebote sei wieder stärker in das Bewusstsein der Lehrenden gerückt.

AUSWIRKUNGEN

Für die Gewerkschaften lehnte der nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Guntram Schneider Studienbeiträge grundsätzlich ab. Sie seien eine Hürde, die jungen Menschen aus sozialschwachen Schichten den Zugang zur Hochschulbildung versperren. „Fakten statt Meinungen“ führte schließlich Dr. Michael Leszczensky vom HIS an und bezog sich dabei auf die aktuelle Umfrage seines Institutes. Er könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht bestätigen, dass die Studienbeiträge negative Auswirkungen besonders auf Studierende aus sozial schwachen Familien hätten. „Der Rückgang der Studienquote ist bei Akademikerkindern sogar höher als bei Kindern aus Nichtakademikerfamilien“, so sein Fazit. Erst langfristig könne sein Institut begründete Aussagen zu den Folgen der Studienbeiträge für die Entwicklung der Studierendenzahlen treffen.

SW



Nicht zum ersten Mal ...

... trafen sich die Mitglieder der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe unter Leitung ihres Vorsitzenden Harald Schartau beim Chinesischen Botschafter Canrong Ma in Berlin zu einem Gedankenaustausch. Auf dem Bild – zusammen mit anderen Mitgliedern der Parlamentariergruppe – Botschafter Ma (M.) und Schartau (rechts neben ihm).

Kritik an Konsolidierung

Anhörung zur Finanzsituation der Kindertagesstätten

Seit dem Haushaltsjahr 2004/2005 haben die Träger von Kindertageseinrichtungen einen Haushaltskonsolidierungsbeitrag zu leisten. Diesen will die Landesregierung nun über das Jahr 2007 hinaus bis zum 31. Juli 2008 fortschreiben, da die Umstellung auf Pauschalförderung durch das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erst ab August 2008 erfolgt. Zu den Folgen für die Tageseinrichtungen, insbesondere mit Blick auf die Sachmittelausstattung, äußerten sich Experten im Ausschuss für Generationen, Familie, Frauen und Integration (Vorsitz Andrea Milz, CDU).

Die geplante Gesetzesänderung (Drs. 14/5743) sieht vor, dass der Konsolidierungsbeitrag für die Tageseinrichtungen rückwirkend in Kraft tritt. Dieser Weg sei rechtlich geprüft und daher ohne weiteres möglich, betonte im Ausschuss die Vertreterin des Familienministeriums, Maria Huesmann-Kaiser. Entgegen der bereits vorgebrachten Kritik halte sie die Sachmittelausstattung der Kindertageseinrichtungen für angemessen. Um mögliche Härten abzufedern, sei den Trägern die Möglichkeit eingeräumt worden, Rücklagen unabhängig von ihrer jeweiligen Qualifizierung als Grund- oder Erhaltungspauschale zur Deckung anfallender Sachkosten einzusetzen.

Markus Leßmann von der NRW-Arbeitsgemeinschaft Kommunalen Spitzenverbände sprach sich trotzdem gegen eine Kürzung der Landeszuschüsse bei den Sachmitteln aus. Die kommunalen Spitzenverbände würden auch weiterhin davon ausgehen, dass die Kindertageseinrichtungen nicht in der Lage seien, eine dauerhafte Zuschusskürzung zu kompensieren. Dies betreffe in erster Linie Einrichtungen, die als Mieter gefördert würden. Sie könnten weder auf Erhaltungspauschalen noch auf Rücklagen zurückgreifen, um die vorgesehenen Kürzungen auszugleichen. Auch Eigentümer von Kindertageseinrichtungen seien immer mehr vor das Problem gestellt, die fehlenden finanziellen Unterstützungen nicht mehr entsprechend auffangen zu können. Ihre Rücklagen seien aufgebraucht.

Marita Haude äußerte sich für die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Sie betonte, die Kürzungen der Sachkostenmittel für die Aufgaben von Kindertageseinrichtungen hätten die Träger bereits stark belastet. Die aus den Kürzungen resultierenden Sparmaßnahmen hätten sich

deutlich negativ auf die Arbeit der Tageseinrichtungen ausgewirkt und würden sich, bei einer Fortschreibung der Beiträge, auch weiterhin negativ auf die Träger auswirken. So sei zum Beispiel der Kauf er-

forderlicher Möbel und Spielmaterialien nicht mehr möglich. Parallel zur Kürzung der Sachkostenmittel seien außerdem die Energiekosten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung gestiegen – eine weitere finanzielle Belastung für die Tagesstätten. Haude wies darauf hin, die derzeitigen Sachkostenmittel seien nicht ausreichend, um die Leistungen der Tagesstätten gerade unter den veränderten Rahmenbedingungen

– beispielsweise der geforderten Aufnahme von Kindern unter drei Jahren – hinlänglich zu finanzieren. Eine erneute Fortschreibung des Konsolidierungsbeitrages sei für die Spitzenverbände nicht vertretbar.

RÜCKLAGEN

Auch Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung der Walddorfkinderkärten erklärte, es könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Sachmittelkürzungen angemessen seien. Er befürchtete ebenfalls, dass sich durch die Sachkostenkürzungen die pädagogische Arbeit verschlechtere – und das, obwohl durch steigende Erwartungen und Aufgaben für die Tageseinrichtungen eigentlich mehr Sachkostenmittel erforderlich seien. In vielfältiger Form würden für die Tageseinrichtungen Sachkosten anfallen, die von der tatsächlichen Sachkostenabrechnung nicht berücksichtigt würden. Er sagte voraus: Mit weiteren Kürzungen werde die Kluft zwischen Anspruch und Leistung für die Tageseinrichtungen immer größer. Die Begründung des Familienministeriums, die Kindertageseinrichtungen könnten auf ihre Rücklagen zurückgreifen, sei nicht zu akzeptieren, da Rücklagen vielerorts nicht existierten – vor allem wenn die Träger nur Mieter einer Einrichtung seien. Hinzu komme, dass bei einigen Kindertageseinrichtungen auch negative Rücklagen bestünden. Abschließend gab Stranz der nordrhein-westfälischen Landesregierung drei „Z-Konsequenzen“ mit auf den Weg: „Erstens: Ziehen die die Kürzungen zurück. Zweitens: Zerstören Sie nicht die Kindergartenlandschaft. Und drittens: Zahlen Sie mehr für die Erziehung unserer Kinder.“

MS



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 31. März 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Mit einer „gründlichen Prüfung“ bestehender Gesetze will die Landesregierung auf das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts reagieren, Online-Durchsuchungen nur in wenigen Ausnahmefällen zu erlauben. Neben dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetz solle jetzt auch das Polizeigesetz überarbeitet werden, kündigte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) im **Innenausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) an. Der Minister betonte zudem die „grundsätzliche Zulässigkeit“ von Online-Durchsuchungen und sprach von einem „Pilot-Urteil“, auf das Bund und Länder gewartet hätten. Der Urteilsspruch sei für niemanden absehbar gewesen: „Wir betreten juristisches Neuland.“ Die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Monika Düker, sprach hingegen von einem „Urteil mit Vorankündigung“. Innenminister Wolf habe in der Vergangenheit Hinweise auf die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes zur Onlinedurchsuchung zurückgewiesen. Für die SPD-Fraktion forderte Dr. Karsten Rudolph (SPD) eine schnelle Prüfung der weiteren Konsequenzen aus dem Urteil.

+++

Durch einen Koalitionsbeschluss von CDU und FDP sollen die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen vorgezogen werden und im Juni 2009 zeitgleich mit den Wahlen zum Europäischen Parlament stattfinden. Im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) sprach Staatssekretär Karl Peter Brendel (FDP) aus dem Innenministerium von einer „sinnvollen Zusammenlegung“, da sowohl die

kommunalen Mandatsträger als auch die Parlamentarier der EU alle fünf Jahre gewählt werden. Die SPD-Fraktion hingegen nannte die Pläne „parteipolitische Trickerei“. Sie kritisierte, dass durch die vorgezogene Kommunalwahl eine Übergangsfrist von vier Monaten bis zum ursprünglich vorgesehenen Ende der Wahlperiode im Oktober 2009 entstehe. Für diese Zeit befürchteten die Sozialdemokraten ein Nebeneinander von neugewählten und noch amtierenden Mandatsträgern. Darin sahen die Grünen eine „Aufforderung zum sanktionslosen Handeln“ und äußerten im Ausschuss rechtliche Bedenken. Die CDU-Fraktion hob dagegen die Vorteile für den Wähler hervor, während sich die FDP einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung erhoffte.



Illustration: Peter Flock

Die Kritik an den Haftbedingungen in den nordrhein-westfälischen Gefängnissen beschäftigte den **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) in seiner jüngsten Sitzung. Über 150 Häftlinge haben das Land Nordrhein-Westfalen auf Schadensersatz verklagt, weil sie sich in ihrer Intimsphäre verletzt fühlen. Die Sanitäreinrichtungen in vielen Gemeinschaftszellen seien bislang nur unzureichend durch „Schamwände“ geschützt. Im Ausschuss erklärte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU), landesweit seien bereits 142 Gemeinschaftszellen mit neuen Sanitärkabinen ausgestattet worden, weitere 523 Kabinen sollen bis zum Herbst 2008 folgen. Die Ministerin berichtete den Abgeordneten außerdem, dass die Mehrfachbelegung von Zellen

weiter zurückgefahren werden konnte: „1.100 zusätzliche Haftplätze wurden in Nordrhein-Westfalen geschaffen, weitere 900 sind in Planung“, so die Ministerin.

+++

Gleichstellungspolitik müsse endlich um eine ökonomische Perspektive erweitert werden. Dies forderte Professor Christine Färber im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Die Wissenschaftlerin (Competence Consulting Potsdam) präsentierte den Landtagsabgeordneten ihre Studie zum Thema „Gender Budgeting“, die sie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit erstellt hatte. Das Konzept des „Gender Budgeting“ sieht vor, Einnahmen und Ausgaben in öffentlichen Haushalten stärker als bisher mit dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter zu vereinbaren. Dafür müssten die Akteure aller politischen Instanzen konkrete Informationen zum Geschlechterverhältnis in verschiedenen Gesellschaftsbereichen erhalten, meinte sie. Ferner sprach sie sich für eine engere Zusammenarbeit der parlamentarischen Ausschüsse in Gender-Fragen aus, um Geschlechtergerechtigkeit in politischen Entscheidungen noch besser zu berücksichtigen. Schon mit geringem zusätzlichen Ressourcenaufwand könne die Politik viel erreichen.

+++

Über die Zukunft der finanziell angeschlagenen Westdeutschen Landesbank (WestLB) diskutierten die Abgeordneten erneut im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD), nachdem die Eigentümer der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) die vorgesehene Fusion mit der WestLB abgelehnt hatten. „Die Landesregierung ist weiterhin stark an einer Konsolidierung im Landesbankenbereich interessiert“, erklärte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU). Nun komme es darauf, die Restrukturierung der WestLB voranzutreiben und ihr Geschäftsmodell weiterzuentwickeln. Voraussichtlich Ende März sei mit konkreten Erkenntnissen zu rechnen. Mit diesen Aussagen wollten sich die Abgeordneten der Oppositionsfractionen nicht zufriedengeben. Sie meinten, das Scheitern der Fusionspläne bewiese die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung.

Freie Fläche auf dem Rückzug

Landesregierung legt Details zur Kompensation vor

Wie anderswo geht auch in Nordrhein-Westfalen der Verbrauch von Freiflächen nahezu ungebremst weiter. Das Umweltministerium schätzt, dass rund 15 Hektar für neue Wohnungen, Betriebsstätten, Verkehrswege und andere Siedlungszwecke verloren gehen – und das jeden Tag. Das neue nordrhein-westfälische Landschaftsgesetz sieht darum vor, dass ein bewährtes Instrument aus der Bauleitplanung auf Eingriffe in Natur und Landschaft, wenn sie schon nicht zu vermeiden sind, übertragen wird, das Ökokonto. Damit werden bei den unteren Landschaftsbehörden Flächenpools gebildet, auf die zur Kompensation schnell und überörtlich zugegriffen werden kann.

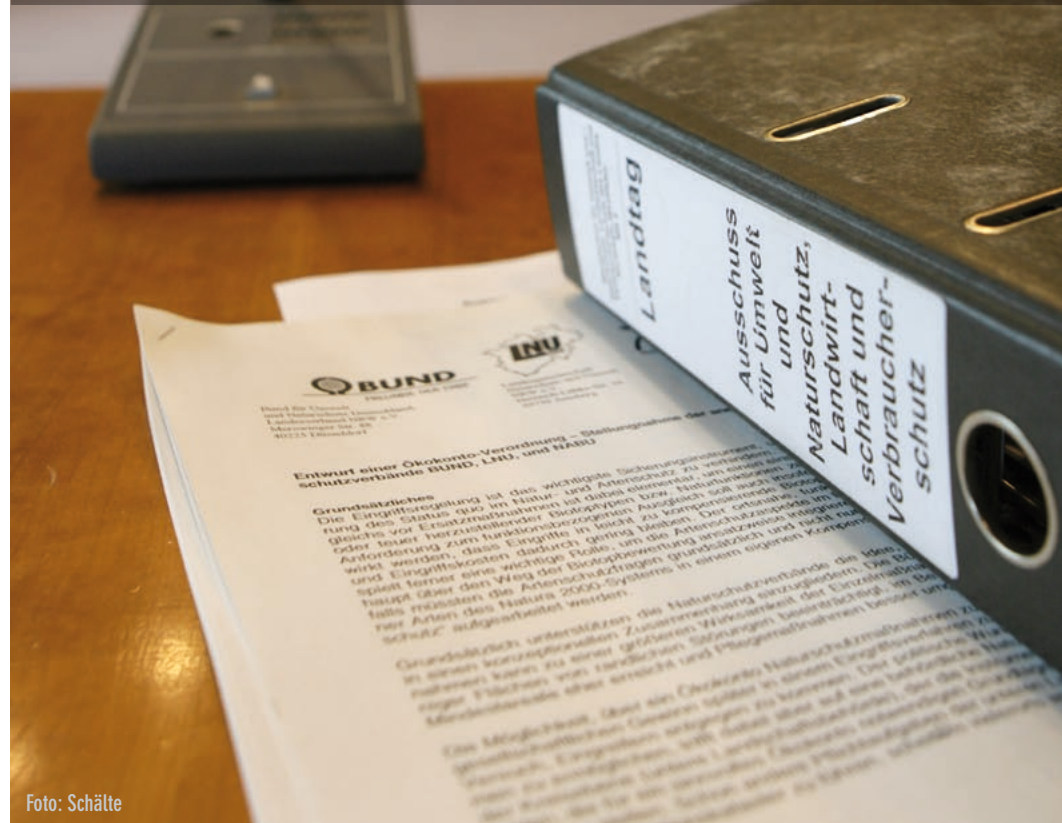


Foto: Schälte

Die Landesregierung hat die entsprechende Verordnung (Vorlage 14/1522) inzwischen dem Landtag zugeleitet. Erst wenn der Fachausschuss zustimmt, kann sie in Kraft treten. Der zuständige Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) hat zur eigenen Meinungsfindung Sachverständige zum Gespräch geladen. Naturschützer, Landschaftsarchitekten, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der Wirtschaft und der Landwirtschaft nutzten die Gelegenheit zur Stellungnahme. Ergebnis: Es gab kleinere Einwände, bei grundsätzlicher Zustimmung.

Die Regelung, dass bei Eingriffen eine Kompensation geschaffen werden muss, stand nicht in Frage. Sie habe sich in der Bauleitplanung längst als vorteilhaft und praktikabel herausgestellt. Meinungsunterschiede und Kritik kamen auf, als es um die Einzelheiten ging. So war einigen Experten nicht einsichtig, dass es nur fünf naturräumliche Regionen in NRW geben soll und nicht 25, wie Josef Tumbrinck vom Landesbüro der Naturschutzverbände anregte. Die Kompensation müsse ortsnahe zum Eingriff erfolgen. Sonst verliere sie ihren räumlichen und inhaltlichen Zusammenhang zum Eingriff. Das werfe „naturschutzfachliche und rechtliche Probleme“ auf.

PRIVATISIERUNG?

Die unteren Landschaftsschutzbehörden sind dafür vorgesehen, dass sie das Ökokonto führen. Der Sprecher der kommunalen Seite, Dr. Dörte Diemer vom Landkreistag und Axel Welge vom Städtetag NRW, sahen sich dazu bereit und in der Lage. Von daher sei es nicht notwendig, dass private Dritte, wie vorgesehen, bei der Führung des Ökokontos einspringen können. Dass es grundsätzlich möglich sei, fand der Sprecher des Bundes der Landschaftsarchitekten, Norbert Hellmann, aus Gründen der Flexibilität begrüßenswert. Auch Hellmann empfand die räumliche Einteilung in fünf große naturräumliche Regionen als zu groß.

Bei einer durchschnittlichen Verteilung von 70 Prozent Pachtland und 30 Prozent Eigentum sah die Vertreterin der Landwirtschaftskammer NRW, Elisabeth Verhaag, Schwierigkeiten auf landwirtschaftliche Betriebe zukommen. Wenn der Eigentümer verpachtetes Land mitten aus der Betriebsfläche für eine Kompensationsmaßnahme verkaufe, könnte der Betrieb in existenzielle Not kommen. Darum sollte auch der Bewirtschafter einem Verkauf zustimmen müssen.

Wenn Waldflächen zur Kompensation vorgesehen sind, muss der Landesbetrieb Wald und Holz eingeschaltet werden, wenn die untere

Landschaftsbehörde die vorgesehene Fläche auf ihre Eignung als vorgezogene Kompensationsmaßnahme prüft. Bei landwirtschaftlichen Flächen sollte analog dazu das Benehmen mit der Landwirtschaftskammer hergestellt werden, lautete eine weitere Forderung. Sie wurde ergänzt durch einen Vorschlag aus dem Bund der Ausschussmitglieder, dann auch die Naturschutzverbände zu berücksichtigen. Deren Sprecher Tumbrinck hatte eine andere Idee: Informiert und kompetent seien hier vor allem die örtlichen Landschaftsbeiräte.

Einen fairen Interessenausgleich beim geregelten Umgang mit Kompensationsmaßnahmen wünschte sich Jörg Winkelsträter von der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel. In seinen Augen trage dazu die Eingriffsregelung bei. Sie bewirke, dass die Akzeptanz der Maßnahmen steige.

Ob genau das erreichbar ist, wenn wegen einer Eingriffsmaßnahme am Niederrhein eine Kompensationsfläche im Siebengebirge in Anspruch genommen wird, das wird die Zukunft zeigen. Andererseits: Wenn eine aus den Nähten platzende Großstadt keine Möglichkeit zur „ortsfernen“ Kompensation hätte, wären der Stadtentwicklung, wie Welge zu bedenken gab, zu enge Grenzen gesetzt.

Bei aller grundsätzlichen Zustimmung fehlte es nicht an warnenden Stimmen. Der Sprecher der Grünen sah in der Eingriffsregelung einen unzulässigen „Ablasshandel“. Der habe bekanntlich, wie er ironisch anmerkte, in der Geschichte zu revolutionären Umwälzungen geführt. Andere sahen ein „Riesenangebot“ an Kompensationsflächen auf den Markt kommen, so dass die Anbaufläche etwa für agrarisch erzeugte Lebensmittel knapp werden könnte. JK

Deutsch als Wissenschaftssprache fördert unsere demokratische Kultur

Wissenschaft und Forschung, die auf weltweiten Austausch angewiesen sind, benötigen eine einheitliche weltweite Sprache“, betont der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Professor Thomas Sternberg (Foto). Englisch sei die Sprache der wissenschaftlichen Weltgemeinschaft.



Durch die voranschreitenden Differenzierungen in den Wissenschaften werde es für eine breite Öffentlichkeit aber immer schwieriger, das Wissenschaftsenglisch der unterschiedlichsten Disziplinen zu verstehen. Laut Sternberg droht die Gefahr, dass das Wissen nicht mehr jedem offensteht, wenn es nur noch in einer hoch spezialisierten Fremdsprache zugänglich ist.

„Auch deshalb muss Deutsch als Wissenschaftssprache in unserem Land besonders gepflegt werden“, fordert der Christdemokrat. Darüber hinaus sei es aber zudem ein wichtiges Anliegen im Blick auf die deutsche Sprache. „Ein Verständnis von komplexeren Zusammenhängen gelingt am besten in der eigenen Muttersprache. Bestimmte Feinheiten begrifflicher Unterscheidungen sind von den Formen der Sprache abhängig. Sie bilden für ein ausreichendes Verständnis die notwendige Voraussetzung.“

Es gehöre zur demokratischen Tradition, dass die Mitglieder einer Gesellschaft an Wissenschaft und Forschung ihres Landes teilhaben können. Sternberg: „Wissenschaftlicher

Fortschritt und technische Neuerungen müssen auch durch eine breitere Öffentlichkeit kritisch begleitet werden können, und zwar nicht nur dann, wenn sie unser Leben bereits beeinflussen und verändern, sondern schon im Vorfeld bei der Forschung und Erprobung.“

Die sprachliche Qualität in der Darstellung eigener Forschungsergebnisse bedeute eine Herausforderung für jede Wissenschaftlerin und jeden Wissenschaftler. Der wissenschaftliche Text ist, vor allem in den Geisteswissenschaften, auch eine literarische Gattung, die der Pflege und Weiterentwicklung bedarf. „Aus diesem Grund soll eine Auszeichnung deutschsprachiger wissenschaftlicher Literatur zur Fortentwicklung auf diesem Feld beitragen“, so der Abgeordnete. „Wir, die CDU-Fraktion, fordern daher die Landesregierung dazu auf, einmal im Jahr einen angemessen dotierten Preis für wissenschaftlich herausragende deutsche Literatur an eine Wissenschaftlerin oder einen Wissenschaftler aus NRW zu vergeben.“

FDP lehnt großflächige Umweltzone mit Fahrverboten im Ruhrgebiet ab

In der Debatte über einen Luftreinhalteplan für das Ruhrgebiet hat die FDP-Landtagsfraktion eine klare Position: Ziel der FDP ist es, die Luftqualität in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Ruhrgebiet weiter zu verbessern. Eine Umweltzone im Ruhrgebiet mit großflächigen Fahrverboten wie SPD und Grüne sie fordern, lehnen die Liberalen im Düsseldorfer Landtag jedoch ab. „Das ist ein falscher und ineffektiver Ansatz“, erklärt FDP-Umweltexperte Holger Ellerbrock (Bild). „Umweltzonen mit Fahrverboten leisten keinen nennenswerten Beitrag zur Senkung der Feinstaubbelastung.“ Denn verbrennungsbedingte Emissionen von Pkw und Lkw machen lediglich einen Anteil von weniger als zehn Prozent an den gesamten Feinstaubemissionen aus, erläutert Holger Ellerbrock. „Fahrverbote sollen nur als absolute Ausnahme und lediglich an nachweislichen Belastungsschwerpunkten auf der Basis tatsächlicher Messwerte eingeführt werden.“ Schließlich seien Ver-

kehrsbeschränkungen ein massiver Eingriff in die Rechte der Menschen.

Für Hysterie in der Debatte um die Luftqualität im Ruhrgebiet sieht Holger Ellerbrock keinerlei Anlass. SPD und Grüne würden dennoch auf Kosten der Menschen im Ruhrgebiet Panik verbreiten und Ängste schüren. „Das ist völlig unangebracht.“ Immerhin sind in den vergangenen 30 Jahren bereits erhebliche Erfolge in der Luftreinhaltung erzielt worden. „Die Gesamtstaubbelastung in Deutschland ist von über drei Millionen Tonnen auf 209.000 Tonnen gesunken“, betont Ellerbrock. Für die FDP sei es selbstverständlich, dass die gesundheitlichen Risiken für die Menschen in Nordrhein-Westfalen weitestgehend reduziert werden. „Wir setzen nicht wie Rot-Grün auf Aktionismus und Verbote. Die FDP betreibt vielmehr eine rationale und effiziente Umweltpolitik. Statt wie SPD und Grüne über das gesamte Ruhrgebiet Fahrverbote verhängen zu wollen, setzen wir mit einem Bündel aus

80 verschiedenen Maßnahmen bei der Luftreinhaltung da an, wo sie am Erfolg versprechendsten sind.“



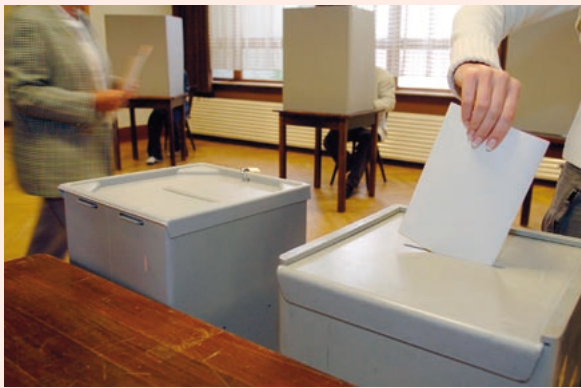
Tricksereien von CDU und FDP bei Wahlterminen gehen weiter



Die Angst von CDU und FDP vor den Wählerinnen und Wähler muss riesengroß sein. Anders ist nicht zu erklären, dass die Trickserei der Regierungskoalition bei den Kommunalwahl-Terminen in Nordrhein-Westfalen weitergeht. Nun wollen CDU und FDP im nächsten Jahr die Kommunalwahl auf den Europawahltermin vorzuziehen. Das ist de-

mokratischer Unsinn, denn das würde bedeuten, dass die neuen Bürgermeister und Räte bereits im Juni gewählt wären, die alten Räte und Bürgermeister aber noch rund fünf Monate parallel im Amt blieben. Für die Bürgerinnen und Bürger entstehen völlig undurchsichtige politische Verhältnisse. Dies zeigt: Der schwarz-gelben Koalition in NRW geht es nicht um eine Steigerung der Wahlbeteiligung, sondern allein um einen parteipolitischen Vorteil. Bereits im vergangenen Jahr hatte Innenminister Wolf im Landtag zugeben müssen, dass er mit den Generalsekretären von CDU und FDP beraten hatte, die Kommunalwahl von der Bundestagswahl abzukoppeln. Diese Trennung hätte rund 42 Millionen Euro gekostet. Jetzt hat sich die Landesregierung von Ministerpräsident Rüttgers eine neue Trickserei zu Lasten der kommunalen Demokratie ausgedacht. Die

Wahltermine sollen so zurechtgebogen werden, dass sie besonders der FDP helfen. Es ist kein Wunder, dass Innenminister Wolf als FDP-Abgeordneter diese parteipolitischen Spielchen mitmacht. Grundsätzlich ist es sinnvoll, Wahltermine zu bündeln. So liegt die Bundestagswahl im Herbst 2009 zeitlich optimal für eine Zusammenlegung mit der Kommunalwahl. Es besteht also überhaupt keine Notwendigkeit, nun kurzfristig Kommunal- und Europawahl auf einen Tag zu legen. CDU und FDP nehmen aber für ihre parteieigenen Interessen sogar einen massiven Eingriff in die Kommunalverfassung in Kauf. In einer waghalsigen Operation will die schwarz-gelbe Koalition das Kommunalrecht zurecht biegen. Diesen Angriff auf die kommunale Demokratie wird die SPD-Fraktion nicht hinnehmen und hat aktuell den Antrag „Keine parteipolitischen Tricksereien: Ja zur Bündelung von Wahlen – Nein zur Zusammenlegung der Kommunalwahl 2009 mit der Europawahl“ (Drs. 14/6315) in den Landtag eingebracht. ■



Grüne und Günter Wallraff gemeinsam gegen Telefonabzocke

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Etwa eine Million Menschen bekommt Tag für Tag lästige und verbotene Telefonanrufe, und viele werden regelrecht abgezockt. Lotterieverträge, Telefonarife oder Versicherungen haben sie dann plötzlich am Hals, ohne je einen Vertrag gewollt zu haben. Dieser Zustand ist unhaltbar, findet die grüne Fraktion und hatte zu diesem Thema einen Experten zu Gast in der Fraktion. Günter Wallraff (r.), Enthüllungsjournalist und Autor, hat undercover die illegalen Machenschaften der Call-Center recherchiert und den Grünen von seinen Erkenntnissen berichtet. Trotz des gesetzlichen Verbots unerwünschter Telefonwerbung boomt die Branche. Auch hohe Bußgelder schrecken die Call-Center-Unternehmen bisher nicht ab. Die Ausbeute aus illegalen Telefongeschäften ist so groß, dass anscheinend auch Strafen in Höhe von 100.000 Euro mühelos bezahlt werden können.

Opfer sind häufig ältere Menschen. Manche Call-Center „grasen ganze Altenheime ab“, berichtete Wallraff. Ältere Menschen, die einen

höflichen Umgang schätzen und pflegen, sind besonders anfällig für die gut geschulten und immer freundlichen Telefonverkäuferinnen und -verkäufer. Das Einzige, so Wallraff, was helfe, sei, den Hörer aufzulegen.

Allerdings müssen auch schärfere Gesetze her. Wallraff und die Grünen fordern deshalb, dass durch Telefonwerbung angebotene Verträge nur dann rechtsgültig werden dürfen, wenn sie nachträglich per Unterschrift bestätigt werden. Die grüne Fraktion strebt deshalb eine parteiübergreifende Initiative im Landtag an. Ein gemeinsamer Antrag soll die Landesregierung auffordern, eine entsprechende Bundesratsinitiative anzustoßen, damit diese Gesetzeslücke geschlossen wird. Auch das „Abzock-Geschäft“ über das Internet



laufe gut, berichtete Wallraff aus seinen Recherchen. Wenn von einer Million Adressatinnen und Adressaten nur ein Prozent hängen bleibe, habe es sich für die illegalen Geschäftsmacher bereits gelohnt. ■

Ohne Kampf und Krampf

LSB-Kampagne soll Bewegung in den Alltag bringen

Überwinde deinen inneren Schweinehund!

Foto: Schälte

Bewegung statt Sofa: So lautet das Ziel einer Kampagne, die der Landessportbund Nordrhein-Westfalen (LSB) gemeinsam mit der Landesregierung den Abgeordneten im Sportausschuss (Vorsitz Axel Wirtz, CDU) präsentierte. Sie soll die Bürgerinnen und Bürger zu mehr Sport im Alltag motivieren. Nicht ohne Grund, denn Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind laut Statistik bereits für über 50 Prozent der Todesfälle verantwortlich. Nach aktuellen Prognosen könnten in Zukunft rund 30 Prozent der heute geborenen Menschen an Diabetes leiden.

Sport und Bewegung sind tragende Säulen sowohl in der Vorbeugung und Gesundheitsförderung als auch in der Rehabilitation“, betonte LSB-Präsident Walter Schneeloch. Vielen Menschen gelinge es nicht, inmitten ihres beruflichen und gesellschaftlichen Lebens Bewegung in den Alltag zu bringen, ergänzte Bärbel Dittrich, stellvertretende LSB-Präsidentin, in ihrer Präsentation. Die guten Vorsätze seien schnell dahin, wenn sich der „innere Schweinehund“ bemerkbar mache und sich gegen sportliche Aktivitäten zur Wehr setze.

Um die Menschen in Nordrhein-Westfalen verstärkt über Sportangebote in ihrer Nähe zu informieren, haben die Landesregierung und der LSB zusammen mit weiteren Partnern die Öffentlichkeitskampagne „Überwinde deinen inneren Schweinehund“ gestartet. „Die Kernbotschaft der Kampagne lautet, dass man nicht verbissen gegen den inneren Schweinehund ankämpfen sollte, sondern im freundlichen Umgang mit sich selbst und mit persönlichem Optimismus einen Weg zu mehr Bewegung findet“, erklärte Bärbel Dittrich den Ausschussmitgliedern.

Den Hintergrund für die Kampagne bildet das „Handlungsprogramm 2015 – Sport und Gesundheit für das Land NRW“, eine Initiative des LSB Nordrhein-Westfalen und des nordrhein-westfälischen Innenministeriums. Neben dem Breiten- und Leistungssport soll der Gesundheitssport als dritte Säule im orga-

nisierten Sport etabliert werden. Die Initiatoren des Programms haben gemeinsame Ziele zur Weiterentwicklung von gesundheitsfördernden Sportangeboten festgelegt.

DURCHBLICK

Bereits heute gibt es in Nordrhein-Westfalen ein breites Angebot an gesundheitsorientiertem Sport. So bieten etwa die landesweit 20.000 Sportvereine neben einem differenzierten Breitensport über 2.000 zertifizierte „Sport pro Gesundheit“-Angebote und rund 12.000 Rehabilitationsangebote an. Mit dem Aufruf „Überwinde deinen inneren Schweinehund“ sollen die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens dazu gebracht werden, diese Möglichkeiten auch zu nutzen. Einen wichtigen Motor für seine Kampagne sieht der Landessportbund vor allem in der Aktualität des Themas „Sport und Gesundheit“ – aber auch in der hohen Attraktivität seines neuen Maskottchens, des Schweinehunds.

Eng daran geknüpft ist die Entwicklung von Werbeprodukten, wie zum Beispiel einer Stoffpuppe oder T-Shirts. Auch das Zusammenwirken von Staat, Medien, Wirtschaft und organisiertem Sport ist wichtig für die Verbreitung des Themas. So konnten unter anderem der öffentliche Gesundheitsdienst, die Ärztekammern in NRW, die Sportärztebünde in NRW

und die Gmünder Ersatzkasse (GEK) mit ihren Geschäfts- und Betreuungsstellen als Partner gewonnen werden. Darüber hinaus bestehen Partnerschaften zu Medien, wie zum Beispiel dem Westdeutschen Rundfunk.

Das Konzept der Kampagne sieht eine Startphase von zwei bis drei Jahren vor. Im Anschluss daran findet die weitere Umsetzung des Handlungsprogramms bis 2015 statt, wobei Schritt für Schritt einzelne Schwerpunkte der Kampagne angegangen werden sollen. Die Schwerpunkte liegen unter anderem darin, ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Projekte zu gewinnen und zu qualifizieren, aber auch den Bürgern Zugangsmöglichkeiten zu eröffnen und Maßnahmen zur Erhaltung beziehungsweise zur Wiedergewinnung von bewegungsförderlichen Lebensräumen zu unterstützen. Außerdem sollen die Qualität der Sportangebote gewährleistet und Strukturen gefördert werden, die die Nachhaltigkeit des Projektes sichern.

Bei den Mitgliedern des Sportausschuss stieß die Kampagne auf große Zustimmung. Nicht nur die Regierungsfraktionen, sondern auch die Oppositionsfraktionen lobten die Bemühungen, den gesundheitsorientierten Sport in NRW zu etablieren. Es handle sich um eine hervorragende Idee und man wünsche der Kampagne ein gutes Gelingen, lautete der Konsens bei den Abgeordneten.

MS

Porträt: Dr. Gerd Bollermann (SPD)



Der Dortmunder SPD-Abgeordnete Gerd Bollermann gehört zu den eher Stillen im Landtag. Er drängt sich nicht vor, wenn entschieden wird, wer in der Kernzeit im Plenum das Wort ergreift und auch Zwischenrufe von ihm verzeichnet das Protokoll höchst selten. „Ich muss nicht im Rampenlicht stehen“, begründet der 58-jährige Hochschullehrer seine Zurückhaltung in der öffentlichen Auseinandersetzung. Leise, aber dafür umso beharrlicher verfolgt Bollermann seine Ziele, sei es im Landtag, wo er sich um so sperrige Themen kümmert wie die Schnittstelle von Hochschule und Wirtschaft, um Technologiezentren und Außenwirtschaft.

„Das sind alles Themen, bei denen laute Marktschreierei nicht weiterhilft.“ Dass Bollermanns Arbeit auch von denen geschätzt wird, die ihm politisch nicht von vornherein nahestehen, zeigt, dass er zu den wenigen Sozialdemokraten gehört, die mit der goldenen Ehrennadel des Handwerks ausgezeichnet wurden. In Dortmund hat er schon vor Jahrzehnten zusammen mit der dortigen Handwerkskammer die erste übertriebliche Ausbildungswerkstatt gegründet, die mittlerweile mehreren tausend nicht immer unproblematischen jungen Menschen zu einer angesehenen Berufsausbildung und einem Job verholfen hat.

Still, aber effektiv geht Bollermann auch seiner Arbeit im Wahlkreis im Dortmunder Süden nach. Sein Büro hat er im Schulenhof eingerichtet, einer Einrichtung für Behinderte, die er aus seiner Arbeit im Stadtrat der Westfalenmetropole kannte. In dem alten Fachwerkbauernhof residiert er in der früheren Schlafkammer des Bauern und seiner Frau. Mit der

ungewöhnlichen Standortwahl will Bollermann zeigen, dass der Umgang mit Behinderten völlig normal ist, dass wir Menschen nicht ausgrenzen dürfen.

Den Hof nutzt er für vielfältige Aktivitäten. Unter dem Motto „Gerd am Herd“ lud er Anfang März zum Kochkurs für westfälische Küche ein, es gab Dortmunder Senfsuppe, einen gefüllten Schweinerollbraten und einen Nachtisch auf der Basis von Pumpernickel. Ihm kam es vor allem auf die Gespräche mit den 25 Teilnehmern an, „da kommen ganz andere Leute als zur Gründersprechstunde“, die er ebenfalls auf dem Bauernhof anbietet.

WANDERWEG

Ganz wichtig sind Bollermann, der vor dem Studium der Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaft und Psychologie zunächst Kunst studiert hatte, künstlerische Aktivitäten auf dem Hof. In den Ferien lädt er Kinder dazu ein, ihre Fantasie und Kreativität auszutesten. Jungen Künstlern, vor allem Bildhauern, gibt er Gelegenheit, ihre Werke auszustellen. „Sachmal Gerd, kannste nich auch watt für uns machen?“ fragte ihn neulich einer der Bewohner des Schulenhofs und Gerd konnte. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Lebensgroße weiße Plastikbären stellte er den Behinderten zur Verfügung, die sie mit viel Liebe und Akribie bunt bemalten.

Mit der ihm eigenen Zähigkeit verfolgt Bollermann zusammen mit Freunden aus dem Wahlkreis ein ebenso originelles Projekt: einen Wander- und Radweg von Schwerte nach Castrop, der nur durch Naturschutzgebiete und Kleingartenanlagen führt. Emschergerossenschaft, Stadtgrün Dortmund und Landesbetrieb Straßen.NRW haben bereits zugesagt, an der Verwirklichung der rund 60 Kilometer langen Route mitzuwirken, die alle Facetten der Region zeigen soll: wunderschöne Landschaften, die Denkmäler der jahrhundertelangen Industriegeschichte und die High-Tech-Labors der Moderne. „Das wird noch ein paar Jahre dauern“, ist sich Bollermann im Klaren, aber stolz ist er darauf, dass er das Projekt mit auf den Weg gebracht hat.

Wenn ihm die politische Arbeit in Düsseldorf und im Wahlkreis und seine berufliche Tätigkeit als Referent und Berater für Organisationspsychologie mal Freizeit lässt, dann wendet Bollermann am liebsten im eigenen Garten. Demnächst soll der Teich erneuert werden, letztes Jahr hat er eine neue Steintreppe gemauert. Wer Bollermann beim Rasenmähen antrifft, sollte ihn besser nicht stören. Denn „dabei lasse ich meine Gedanken wandern.“

Autor: Peter Jansen

Antwort auf Beamtenpetitionen

Der Postbote kam ins Schwitzen: Nicht weniger als 17.000 Eingaben hat er dem Petitionsausschuss zugestellt, in denen sich nordrhein-westfälische Beamte über den Termin für die Anpassung ihrer Bezüge beschwerten. Sie argumentierten in ihren zu Massenpetitionen zusammengefassten Schreiben dafür, die Besoldungserhöhung nicht erst zum 1. Juli dieses Jahres, sondern wie bei den Angestellten schon zum Jahresbeginn gültig werden zu lassen. Den späteren Termin hatte der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung Ende Dezember 2007 beschlossen.

Inzwischen hat der Petitionsausschuss unter dem Vorsitz von Inge Howe (SPD) einen Beschluss gefasst und – auch im Internet (www.landtag.nrw.de) – veröffentlicht. Darin wird das Zustandekommen des Gesetzes erläutert, auf die durchgeführten Anhörungen der Verbände und von Experten verwiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass der Landtag auch die gesamten Anforderungen an den Landeshaushalt bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen hatte: „Bei Abwägung aller Umstände war eine Besoldungs- und Versorgungsanpassung vor dem 1. Juli 2008 nicht möglich.“ Das Beamtenverhältnis sei rechtlich anders ausgestattet als das Recht der Tarifbeschäftigten, „ein unmittelbarer Vergleich zwischen Besoldung und Entgelt ist daher nicht möglich“. Neben der Veröffentlichung im Internet hat der Petitionsausschuss die Landesregierung gebeten, den Beschluss in dieser Massenpetition den betroffenen Beamtinnen und Beamten durch Mitteilung im Ministerialblatt NRW bekannt zu machen. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln - www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 14. März bis 16. April 2008

14.3. Annegret Krauskopf (SPD)	64
15.3. Bernhard Tenhumberg (CDU)	52
15.3. Annette Watermann-Krass (SPD)	51
16.3. Norbert Römer (SPD)	61
16.3. Bodo Wissen (SPD)	34
17.3. Elisabeth Koschorreck (SPD)	56
18.3. Harald Schartau (SPD)	55
19.3. Karl Kress (CDU)	63
20.3. Theo Peschkes (SPD)	61
22.3. Heike Gebhard (SPD)	54
22.3. Ute Schäfer (SPD)	54
22.3. Gerd Stüttgen (SPD)	42
22.3. Stefanie Wiegand (SPD)	39
25.3. Ralf Jäger (SPD)	47
25.3. Ralf Witzel (FDP)	36
26.3. Dr. Ingo Wolf (FDP)	53
30.3. Marie-Luise Fasse (CDU)	60
31.3. Wolfgang Hüsken (CDU)	60
1.4. Christian Weisbrich (CDU)	66
4.4. Gabriele Sikora (SPD)	58
5.4. Dr. Stefan Romberg (FDP)	39
7.4. Peter Brakelmann (CDU)	30
8.4. Manfred Kuhmichel (CDU)	65
9.4. Wolfram Kuschke (SPD)	58
10.4. Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)	59
11.4. Andrea Milz (CDU)	45
11.4. Josef Wirtz (CDU)	58
16.4. Elke Talhorst (SPD)	63

Gisela Walsken (SPD), Landtagsabgeordnete aus Duisburg, Sprecherin im Haushalts- und Finanzausschuss sowie stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, ist mit der Silbernen Steuerschraube 2008 ausgezeichnet worden. Damit ehrt der Personalrat beim Finanzamt Leverkusen in Zusammenarbeit mit der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Personen, die sich u.a. für eine bessere Handhabung des Steuerrechts im Sinne der Bürger verdient gemacht haben. Walsken ist nach Liselotte Funcke und Ingrid Matthäus Maier die dritte Trägerin dieser Auszeichnung.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 13. März 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Auftakt und Einblick ...

... bot die Ausstellung jüdischer Gotteshäuser, die im Landtag bis zum 7. März zu sehen war. Auftakt für die Eröffnung der bundesweiten „Woche der Brüderlichkeit“ und Einblick in die Geschichte des Synagogenbaus in Deutschland – und damit auch in die Geschichte ihrer Zerstörung durch die Nationalsozialisten. Bei der Eröffnung sagte Vizepräsident Edgar Moron, das Niederbrennen der Häuser sei einer der beschämendsten Momente und das Signal zum schlimmsten Völkermord gewesen. Oft seien es nur noch Fotos, die an die jüdischen Ritualbauten erinnerten, die mit ihren über 3.000 Lehr- und Bethäusern bis zum ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zum festen Bestandteil des deutschen Stadtbilds gehört hätten. Moron dankte den Studierenden der Technischen Universität Braunschweig und der Forschungsstelle für jüdische Architektur in Europa, „Bet Tfila“, dass sie die Schönheit und Ausdruckskraft der Synagogen mit den Holzmodellen im Maßstab 1:50 nachempfinden ließen.

Foto: Schälte